

Schwarze Plastiksäcke prall gefüllt mit kontaminierter Erde

NRWZ- Pressemitteilung 12. März 2018



Überall liegen die schwarzen Plastiksäcke prall gefüllt mit der kontaminierten Erde, die in ein Zwischenlager kommen sollten. Foto: pm

ROTTWEIL – Seit der Reaktorkatastrophe in Fukushima hält die Rottweiler „Bürgerinitiative für eine Welt ohne atomare Bedrohung“ engen Kontakt zu der Partnerorganisation „Friends of the earth“ in Japan. In einer Zukunftswerkstatt fanden sich in Rottweil japanische, weißrussische und Rottweiler Jugendliche zusammen um über die Energiewende zu debattieren.

Ein Jahre später fand zusammen mit der Weißrussischen Stiftung „Kinder von Tschernobyl“ eine Reise nach Fukushima und Hiroshima statt und umgekehrt kam eine Gruppe aus Wissenschaftler, Betroffenen und Umweltschützern aus Japan mit nach Weißrussland, um sich vor Ort und direkt bei den Betroffenen über die langfristigen Auswirkungen radioaktiver Belastung zu informieren.

Dieser enge Kontakt hält bis heute an. Sieben Jahre nach der Reaktorkatastrophe, wenden sich deshalb die japanischen Freunde in einem Brief an ihre weißrussischen und deutschen Partner und berichten über die aktuelle Situation. Auch sieben Jahre später ist die Landschaft in der Präfektur Fukushima noch immer in großen Gebieten im Ausnahmezustand. Überall liegen die schwarzen Plastiksäcken prall gefüllt mit der kontaminierten Erde. In den Städten und Dörfern, in den Gärten und Feldern wurde in der Landwirtschaftsregion die Erde fünf Zentimeter tief abgegraben und in die Säcke gefüllt. Jeder Sack wiegt eine Tonne, insgesamt sind es 36 Millionen Säcke, die nun schon jahrelang dort liegen und in ein Zwischenlager kommen sollen. Wann das sein wird ist sehr ungewiss.

Sobald die gemessene Strahlenbelastung unter der von den Behörden erlaubten Jahresdosis von 20 MSv liegt werden die monatlichen Unterstützungsgelder von 800 Euro für die umgesiedelten Menschen vom AKW-Betreiber Tepko eingestellt. So wird Zone um Zone wieder für die Rückkehr freigegeben. Notgedrungen und zögerlich kehren die Menschen zurück. Meist sind es die älteren Menschen, die jungen Leute versuchen sich woanders eine neue Existenz aufzubauen. Sie misstrauen der Entwarnung der Behörden. Ein Bürgerverein misst die radioaktive Belastung und kontrolliert Lebensmittel.

Die Wirtschaft ist in den einstigen Sperrgebieten weitgehend zerstört. Der Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte aus der Präfektur Fukushima verläuft nur schleppend. Die Reisfelder liegen brach. Noch immer protestieren vor dem Parlament in Tokyo jeden Freitag Betroffene und Atomgegner. In einem Prozess mit 13.000 Klägern wurden erste Gerichtsurteile gesprochen.

Deutschland und weiteren Staaten haben sich nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima endgültig von der Atomkraft verabschiedet und auch die Provinzregierung Fukushima hat beschlossen dem Strombedarf der Region mit erneuerbarer Energie zu decken. Die japanische Regierung allerdings hält trotz den Protesten, trotz den enormen Folgekosten und dem hohen Risiko gerade in der durch Seebeben gebeutelten Region, bislang immer noch an der Atomenergie fest.

Um sich zu informieren, welche Wege und welches bürgerschaftliche Engagement es hin zu einer Energiewende ohne Atomkraftwerke geben kann, dazu wird im April eine Gruppe aus Japan nach Deutschland kommen und unter anderem auch bei den Partnern in Rottweil sein.